

1320 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des  
Bundesrates

B e r i c h t  
des Rechtsausschusses

über den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 19. Feber 1975,  
betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über das  
Bundesgesetzblatt 1972 geändert wird

Der vorliegende Gesetzesbeschluß des Nationalrates regelt die  
Verlautbarung von Kundmachungen der Bundesregierung im Bundesgesetz-  
blatt über das Außerkrafttreten von subsidiären Ausführungsgesetzen  
des Bundes nach Erlassung von Ausführungsgesetzen der Länder im Sinne  
des Art. 15 Abs. 6 B-VG sowie von einschlägigen Kundmachungen bei  
analogen Vorgängen im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Durchführung  
von Staatsverträgen nach Art. 16 Abs. 1 B-VG. Neben einer erforder-  
lichen Anpassung an die durch die Bundes-Verfassungsgesetznovelle  
1974 geschaffene neue Rechtslage, wonach im Sinne des Art. 15 a  
B-VG bestimmte Vereinbarungen zwischen dem Bund und den Ländern unter-  
einander im Bundesgesetzblatt kundzumachen sind, soll mit der vor-  
liegenden Novelle ferner die Möglichkeit eröffnet werden, auch solche  
Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern im Bundesgesetzblatt kund-  
zumachen, die nicht der Genehmigung des Nationalrates unterliegen.

Der Rechtsausschuß hat die gegenständliche Vorlage in seiner  
Sitzung vom 25. Feber 1975 in Verhandlung genommen und einstimmig  
beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Rechtsausschuß somit  
den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 19. Feber 1975,  
betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über das  
Bundesgesetzblatt 1972 geändert wird, wird kein Einspruch erhoben.

Wien, am 25. Feber 1975

R e m p l b a u e r  
Berichterstatter

Dr. R e i c h l  
Obmann